Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 66 (1986)
Heft: 3

Artikel: Pragmatismus der Schweizer Arbeiterbewegung : vom libertären Sozialismus zur Verbürgerlichung
Autor: Atteslander, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-164328

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Peter Atteslander

Pragmatismus der Schweizer Arbeiterbewegung

Vom libertären Sozialismus zur Verbürgerlichung

Die Geschichte der schweizerischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist durch einen bemerkenswerten Pragmatismus ihrer Führer gekennzeichnet. Jahrhundertealte Genossenschaften, die Möglichkeiten, die sich durch die Gründung des Bundesstaates 1848 für die direkte Demokratie ergaben, haben dazu beigetragen, dass, verglichen mit anderen Ländern, Arbeitskämpfe selten und weniger heftig ausfielen, dass freisinnige Arbeiterorganisationen einerseits und die libertären Sozialisten anderseits ein Durchgreifen marxistischer Ideologie weitestgehend verhinderten.

Hätte Marx seine Studien nicht an den Arbeitsverhältnissen in England, nicht an Städten wie Manchester, von denen Engels lebensnah berichtete, vorgenommen, sondern in der Schweiz, hätte er selbst wahrscheinlich das postuliert, was ihm die libertären Sozialisten aus Genf und dem Jura entgegenhielten: Er einen libertären Sozialismus, wenn er seinen eigenen Leitfaden auf die skizzierten, helvetischen Zustände angewendet hätte: «In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens», so Marx, «gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen produktiven Kräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein das ihr Bewusstsein bestimmt.» [1]

Die Produktionsweise der Menschen in der Schweiz war einerseits zwar in übergeordneten neofeudalen Strukturen eingebettet, jedoch familiär ausgerichtet und kleinräumig organisiert, die Produktionsstätten wohl wirtschaftlich untereinander verbunden, aber kulturell und politisch separiert. So mögen die feudalen Strukturen den Wunsch nach Freiheit ebenso stark haben wirken lassen, wie den Drang nach Gleichheit. Es fand Bakunin und nicht Marx das Ohr der in den jurassischen Tälern weit zerstreuten Uhr-

macher und Uhrmacher-Bauern, als er ausrief: «Der Sozialismus ohne Freiheit ist Versklavung und Brutalität.» Straff geführte, zentralistisch organisierte Massenorganisation der Arbeiterschaft entsprach weder der Erfahrung noch dem Wesen der libertären Sozialisten in der Westschweiz. Die entstehenden sozialistischen Bewegungen schwankten zwischen idealistischen Globalforderungen und pragmatischer Alltagspolitik. Insbesondere in der Westschweiz zersplitterte sich der Sozialismus in Gruppen und Grüppchen. Einfluss, wenn überhaupt, fand über politische Karrieren einzelner in Gemeinden und Kantonsparlamenten ihren Niederschlag. Sozialismus fand nur in Form radikalen Gedankengutes ihren Eingang in schweizerische Politik. Daneben entstanden zahlreiche Selbsthilfeorganisationen, Genossenschaften, Arbeiterhilfs- und Bildungsvereine.

Einen Grund dafür gibt Rolf Bigler in seiner Studie «Der libertäre Sozialismus in der Schweiz»: «Im breiten Rahmen des Föderalismus wurde 1848 die politische Einheit der Eidgenossenschaft geschaffen; in der Bundesverfassung waren die Postulate des politischen Liberalismus – Rechtsgleichheit und Volkssouveränität – verwirklicht worden. Vor der politischen musste die soziale Frage zurücktreten. Die tiefgreifende Umgestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, deren Phänomene sich unter dem Begriff der «industriellen Revolution» subsumieren lassen, fiel in der Schweiz in die Zeit der Verfassungskämpfe, welche erst mit der Schöpfung von Bundesverfassung und Bundesstaat auf nationalem Boden abgeschlossen wurden. Das wenig zahlreiche Proletariat war zudem strukturell sehr heterogen; die Fabrikarbeiterschaft, in kleinen Gruppen weit über das Landesterritorium verstreut, war noch stark in kleinbäuerlicher Mentalität befangen.» [2]

Zwar wurde 1864 in London durch französische und englische Arbeiterführer mit Karl Marx die internationale Arbeiter-Assoziation gegründet. Der erste Kongress der Internationalen fand vom 3. bis 8. September 1866 in Genf statt. Etwa 60 Delegierte aus England, Frankreich, Deutschland und der Schweiz hiessen die von Marx ausgearbeiteten Statuten zwar gut und beschlossen unter anderem den 8-Stunden-Tag der Fabrikarbeiter, internationale Schutzgesetze für Frauen und Kinder zu fordern. Dazu Lorenz Stucki: «Was war das für ein Kind, das da in Genf unter den geistigen Auspizien von Marx, jedoch ohne seine Gegenwart, aus der Taufe gehoben wurde? Ein sehr blasser und sehr magerer Säugling. ‚Die wirtschaftliche Emanzipation des Arbeiters ist das wichtigste Ziel, dem die politische Aktivität untergeordnet ist' und ‚die Emanzipation des Arbeiters muss das Werk der Arbeiter selbst sein', hiess es. Desgleichen und ebenso waren die Postulate der Resolutionen geeignet, jedermanns Zustimmung zu finden. Von militanter Kampfansage, Klassenkampf, Revolution keine

Rede. Auf dieser unverbindlich idealistischen Basis wurden zwar in der Folge, vor allem nach dem zweiten Kongress in Lausanne 1867, zahlreiche Sektionen in der ganzen Schweiz gegründet; und weil, im Gegensatz zum Beispiel zu Frankreich und Deutschland, in der Schweiz die demokratische Toleranz solche Aktivitäten nicht behinderte, breitete sich hier die Organisation in besonderem Masse aus. Aber hinter den Organisationen stand im allgemeinen wenig. In der deutsch-schweizerischen Geschichte des Kampfes um sozialen Fortschritt hat die erste Internationale kaum Spuren hinterlassen.» [3]

Zweierlei Entwicklungen

Während in der welschen Schweiz der Arzt Coullery die Menschen aufzurütteln versuchte, zerstritten sich Marx und Bakunin. Die libertären Sozialisten im Jura besprachen zwar den Anarchismus, versuchten aber kaum ihn zu verwirklichen. Eine Uhrenkrise zwang überdies die Arbeiter, ihre soziale Praxis wichtiger zu nehmen als eine Theorie. So wuchsen aus den Debattiervereinen schliesslich Gewerkschaften. Die Arbeiter folgten dem Pragmatiker Coullery, der ihnen als Arzt, Friedensrichter und Mensch, vor allem aber als Landsmann konkret geholfen hatte.

Anders entwickelten sich die Dinge freilich in der deutschen Schweiz. Der wohl wichtigste schweizerische Arbeiterführer stammte aus Deutschland: Herman Greulich. Er hatte schon vor seiner Emigration in die Schweiz Kontakt mit August Bebel, der 1869 mit Wilhelm Liebknecht die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei gründete. Wohl gab es in Zürich Karl Bürkli, der sich an allen Kämpfen, die 1874 zur Verfassungsrevision im Bund und wenig später zum eidgenössischen Fabrikgesetz führte, beteiligte, doch nie in massgebender Weise. Greulich fand in Zürich zahlreiche deutsche Arbeiter und Handwerksgesellen vor, die er schliesslich als erster Sekretär der «Züricher Sektion der Arbeiterinternationalen» organisierte. Er schuf die Gewerkschaften der Metallarbeiter, der Färber, der Schuhmacher und andere, so dass 1881 sich 17 Sektionen zu einem Gewerkschaftsbund zusammenschlossen. Knapp 10 Jahre zuvor hatte er die Sozialdemokratische Partei der Schweiz mitbegründet.

Erstaunlich: Der Deutsche Greulich hat, anders als sein Gönner Bürkli, glühender und idealistischer Anhänger Fouriers, sich sehr rasch den politischen Verhältnissen der Schweiz angepasst und erreichte vor allem über parlamentarische Vorstösse erhebliche Rechte für seine Arbeiter, wie sie in anderen Teilen Europas damals unvorstellbar waren. Arbeiter und Industrielle, insbesondere bei der exportorientierten Industrie, hatten schliesslich gemeinsame Interessen wie Freihandel und Konkurrenzfähigkeit.

Der traditionelle politische Pragmatismus der schweizerischen Arbeiterbewegung führte 1936 zum Friedensabkommen, der Magna Charta der Sozialpartnerschaft, die bis heute Gültigkeit hat. Sie steht dafür, dass Konflikte am Ort ihres Entstehens und in gemeinsamer Anstrengung zu regeln seien. Streik als äusserstes Mittel wurde bis heute höchst selten eingesetzt. Die Kämpfe fanden nicht *vor* den Fabriktoren, sondern innerhalb der Fabriken am grünen Tisch statt. Die wirtschaftspolitischen Interessen der Arbeiter konnten früher als in anderen Staaten direkt politisch vertreten werden. Bei der ausserordentlichen Bedeutung der Gemeindeautonomie im modernen Bundesstaat war der Arbeiter oft in erster Linie Gemeindebürger. Bei der oben erläuterten weitgefächerten Industrialisierung bedeutet dies einmal mehr direkten Einfluss auf lokale Macht. Bis heute übrigens sind Interessensübereinstimmungen mit den Arbeitgebern grösser als die mit anderen politisch wichtigen Gruppen: Export war und ist beispielsweise für Bauern ohne Bedeutung. Nicht am Freihandel, sondern an Schutzzöllen für Importe waren und sind diese interessiert. Fortschritt in der Sozialpolitik stiess oft nicht auf bürgerlichen, wohl aber auf bäuerlichen Widerstand.

Eine Arbeiterklasse nach Vorstellungen von Karl Marx konnte in der Schweiz nicht entstehen. Das Organisieren von Arbeitern in politischen Interessenverbänden wurde massgeblich von Ausländern beeinflusst. Liegt vielleicht in diesem Umstand beschlossen, dass bei sozialen Krisenerscheinungen oft auch heute die Vermutung geäussert, und auch leicht für wahr gehalten wird, soziale Bewegungen seien vom Ausland gesteuert?

Die Schweiz als ausgesprochenes Exportland ist vom Ausland wirtschaftlich in hohem Masse abhängig. Vom Wirtschaftlichen indes auf das Politische zu schliessen, bedarf der objektiven Überprüfung. Der Grad dieser Abhängigkeit mag indes selbst als latente Bedrohung wirken.

Kein Internationalismus

Freiheit und Eigenstaatlichkeit sind keine Ideologie, sondern Grundbedürfnis des Kleinstaates, vielleicht gerade weil er relativ wohlhabend ist. Dieser Umstand mag auch eine Erklärung dafür abgeben, dass das Internationale an der Arbeiterbewegung selbst vom einzelnen Arbeiter mehr als bedrohlich denn als erstrebenswert empfunden wurde und wird. Das spezifisch schweizerische Sein prägte auch in diesem Falle das Bewusstsein. Ein anderes noch: Zwar ist in der Schweiz von heute eine Bourgeoisie auszumachen, aber ihr fehlt das Proletariat. Darüberhinaus hat einerseits eine Anonymisierung des Bürgertums eingesetzt, und im höheren Masse noch

eine Verbürgerlichung der Arbeiterschaft. So gibt es im Grunde in der Schweiz nicht die eine Klasse, die mit in der Negation der anderen zu definieren wäre. Mehr noch: soziale Antagonismen sind vorhanden, aber sie gehorchen keinem einfachen Schema, schon gar nicht einer bipolaren Klassenvorstellung. Die Uhrmacher, so es heute noch einige gibt, sind vielleicht unbequeme Sozialdemokraten geworden, aber keine Anarchisten. Ihr Beruf war zugleich Weltanschauung. Weniger ausgeprägt mag auch für andere Berufe gelten, dass ihr «cher metier» als primäre Sinngebung vor jeglicher Ideologie gilt.

Von Emigration zu Einwanderung

Die Schweiz war bis ins vorige Jahrhundert ein klassisches Auswanderungsland. Noch im 18. Jahrhundert verlor es nahezu 400 000 Menschen. Auch im 19. Jahrhundert war trotz des Flüchtlingsstromes nach 1848 die Wanderungsbilanz negativ. Erst um die Jahrhundertwende ist ein Wanderungsgewinn zu verzeichnen. Vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg setzte indes eine ungehemmte, ungesteuerte, ja im Ausmass damals kaum registrierte Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte ein. Anfangs der siebziger Jahre waren über 16 % der gesamten Wohnbevölkerung der Schweiz Ausländer. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg, in der Periode nach der gewerkschaftlichen Organisation von Arbeitern, waren ähnlich hohe Prozentzahlen zu vermerken. Die Schweiz wurde zum Einwanderungsland, aber anders als in klassischen Einwanderungsländern bestand zunächst keinerlei Einwanderungspolitik. So war ein Kommen und Gehen, ein Wechsel der Arbeitskräfte zu verzeichnen, wobei nur wenige sich dem Lande anpassten. Eingebürgert wurde im Schnitt vielleicht jeder Zwanzigste. Untersuchungen über die Rotation italienischer Immigranten ergaben, dass in der Schweiz beispielsweise in den Jahren 1960 bis 1963 zwischen 70 und 87 % «rotierten». Verglichen mit italienischen Einwanderern in die USA oder Kanada ein ungeheures Ausmass, lagen dort die Werte nur zwischen 1 und 3,3 %.

Bei einer Gesamtbevölkerung von rund 6 Millionen waren zeitweise über 1 Million Ausländer in der Schweiz wohnhaft. Während einerseits in der Schweiz aus vielerlei Gründen Klassenunterschiede nicht besonders sichtbar waren, zudem in den letzten Jahrzehnten fast vollends verschwanden, fiel Fremdländisches um so deutlicher auf. Wirtschaftliche Expansion ging so mit kultureller Verunsicherung einher. Überfremdung wurde von einigen Politikern als Schreckgespenst an die Wand gemalt und führte zu einem Volksbegehren gegen sie. Am 7. Juli 1970 wurde bei einem ausserordentlich hohen Stimmanteil, der kaum zuvor und danach wieder erreicht

wurde, mit der Stimmbeteiligung von 75 Prozent, die Initiative schliesslich mit 46 Prozent Ja- gegen 54 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Relativ hohe Ja-Stimmen zeigten die vornehmlich landwirtschaftlich orientierten Kantone, durchaus Hinweis auf jene erwähnten Konflikte zwischen Bürgern und Bauern.

Zwar unterblieben vorgeschlagene Zwangsmassnahmen. Mittlerweile sind viele der ausländischen Arbeitskräfte aus konjunkturellen Gründen wieder in ihr Heimatland zurückgekehrt. Die Vorurteile und ein anhaltend grosser Anteil ausländischer Wohnbevölkerung sind geblieben: Er übersteigt noch immer die 10-Prozent-Marke.

«Unterschichtung»

Diese ausländischen Arbeitskräfte, die im Gefolge der Hochkonjunktur, der ungeheuer raschen Ausweitung der industriellen Produktion und des Erstellens baulicher Infrastrukturen ins Land gekommen sind, waren im grossen und ganzen schlecht ausgebildet und haben in einem Prozess der Unterschichtung alle jene Funktionen und Arbeiten übernommen, für die sich der Schweizer Arbeiter bald zu schade fand.

Tatsächlich haben in der Schweiz vor allem die Italiener das Strassenbild verändert, sind als Arbeiter sichtbar in Massen aufgetreten und standen im Sinne der Vereinfachung als Fassbares da für die unfassbare Veränderung des Landes selbst. Unaufhaltsame Zersiedelung und Zerwürfelung und auch Anonymisierung, Verstädterung des Landes ohne nennenswerten Zuzug in der Stadt. Dies sind zweifellos Merkmale der Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte.

Hätten wieder einmal ausländische Arbeiter zum Entstehen eines Klassenbewusstseins führen können? Etwas anderes ist geschehen. Die steigende Unsicherheit der Schweizer Werktätigen, die Suche nach ihrer Identität wurde gerade durch das Phänomen der scheinbaren Überfremdung entscheidend beeinflusst. Viele der sich bedroht fühlenden Arbeiter fanden ihre Identität nicht in der Solidarität der Arbeiterklasse, sondern in Aktionen gegen ihre fremden Arbeitskollegen. Aus deren Andersartigkeit entstand ihr eigenes Gefühl der Höherwertigkeit. Diese Erscheinung war zu erwarten, ergibt sie sich doch in praktisch jedem Einwanderungsland, weil mit wenigen Ausnahmen einerseits die Unterschichtung stattfindet, anderseits die Mechanismen des sozialen Vorurteils eine Höherwertigkeit der Angestammten bewirkt. In der Schweiz hat sich dadurch jene latente Struktur auch auf die Arbeiterschicht übertragen, die wir zu Beginn des Entstehens der Schweizerischen Eidgenossenschaft als

Ablösung der Adeligen durch das Zunftbürgertum beschrieben haben: Auch der schweizerische Arbeiter der Gegenwart hat sich gegenüber seinen ausländischen Kollegen in neo-feudaler Weise nach oben abgesetzt. Hoffmann-Nowotny hat dies in seinem Buch «Soziologie des Fremdarbeiterproblems» eindrücklich belegt. Von neo-feudaler Verhaltensweise spricht er, «weil die Verteilung von Positionen auf den zentralen Statuslinien ‚Beruf' und ‚Einkommen' nicht nach erwerbbaren, sondern nach zugeschriebenen Kriterien erfolgen soll, nach Kriterien also, wie sie in traditional-feudalen Gesellschaften gelten, in denen eine Identität von Kasten und bestimmten Berufen gegeben ist, die nach Geburtskriterien besetzt werden.» [4]

Der neue Gegensatz

Kein Klassenbewusstsein also, das sich mit ausländischen Kollegen solidarisiert, sondern ein Arbeiterbewusstsein, das sich gegen sie richtet. Das Problem der Unterschichtung bringt es mit sich, dass eine erhebliche Reduktion des Ausländerbestandes weder aus rechtlichen noch aus wirtschaftlichen Gründen möglich oder gar wünschbar wäre. Konjunkturelle Schwankungen und Prinzipien der Rotation finden keine Kongruenz.

Während einst die aus dem Ausland stammenden Ideen des Sozialismus in wirkungsvolle pragmatische Sozialpolitik mündeten, sind viele hunderttausend vornehmlich sozialistisch orientierte ausländische Arbeiter in der Schweiz Ursache dafür, dass sich der einheimische Arbeiter stärker bürgerlichen Verhaltensweisen zuneigt, als dies seiner sozialen Lage entspräche. Das Unbehagliche an dieser Lage ist leider eine immer noch weitverbreitete Xenophobie. Wie kaum je zuvor verbündete sich damit Intoleranz, kleinliches Verharren auf der Einhaltung von Sekundärtugenden und weitverbreitetes Unvermögen grundsätzlicher politischer Diskussion [5].

Auch die zukünftige Entwicklung wird nicht durch einen Antagonismus zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft geprägt werden. Bei der heute schon feststellbaren technologischen Entwicklung wird ohnehin dem traditionellen Bild des Arbeiters bald keine Wirklichkeit mehr entsprechen. Menschliche Arbeit wird teuer und relativ ineffizient. Zumindest Industriearbeit, möglicherweise Erwerbsarbeit wird in Zukunft knapp. Der Ruf nach gerechter Verteilung wird sich weniger nach materiellem Besitz richten, sondern nach Arbeit, denn dank erhöhter Produktivität durch moderne Technologie kann hoher Lebensstandard auch bei immer weniger menschlicher Arbeit aufrechterhalten werden. Das ungelöste Problem der Zukunft heisst gerechte Verteilung knapper werdender Arbeit. Nicht ein Anta-

gonismus zwischen Besitzenden und Arbeitenden ist vorauszusehen, als vielmehr eine Auseinandersetzung zwischen den Besitzern von Arbeitsplätzen und denen, die ohne Erwerbsarbeit bleiben. Noch gilt in unserer Gesellschaft weitgehend, dass einer ist, was er arbeitet. Für Arbeit selbst ist kein Ersatz in Sicht. So wird sich der Kampf der Arbeiter um gerechte Entlöhnung und soziale Sicherheit zu einem Kampf um sichere Arbeit wandeln. Ob diese Auseinandersetzung in den Vorstellungsbegriffen des Klassenkampfes zu fassen ist, bleibt zweifelhaft. Ein anderes auch dürfte klar geworden sein: Die grösste Gefahr moderner Demokratien ist nicht der Antagonismus zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, sondern die politische Abstinenz der Philister jeglicher Prägung.

[1] Karl Marx, Vorwort, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Karl Marx, Friedrich Engels, Bd. 13, Berlin 1975. S. 8 f. – [2] Rolf Bigler, Der libertäre Sozialismus in der Westschweiz, Köln/Berlin 1963, S. 17 f. – [3] Lorenz Stucki, Das heimliche Imperium, Bern/München/Wien 1968. – [4] Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz, Stuttgart 1973, S. 129. – [5] Uli Windisch, Xenophobie? Logique de la pensée populaire, Lausanne 1978.

EINE BITTE AN UNSERE LESER

Wir sind froh, wenn Sie bei Gelegenheit mithelfen, die Monatshefte zu fördern, indem Sie unsere Zeitschrift empfehlen oder gar ein Abonnement schenken. Der Beschenkte wird die überraschende Geste zu schätzen wissen. Und so ernten Sie als Spender gleich zweimal Dank – vom neuen Leser und von uns. Je höher unsere Auflage, desto mehr Mittel stehen unserer Redaktion zur Verfügung für ihre anspruchsvolle Aufgabe. Benützen Sie die beiliegende Karte.

Wen mit den Monatsheften beschenken? Sie schenken ein Abonnement Ihrem Mitarbeiter für den neuen Kunden, den er brachte, Ihrem Freund für seinen hilfreichen Rat, Ihrem Zahnarzt für die schonende Behandlung, Ihrem Widersacher zum Zeichen der Aussöhnung, Ihrem Gastgeber statt der vergessenen Blumen.

SCHWEIZER MONATSHEFTE